Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags
Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig).
Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg.
Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49.
Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg.
Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 4 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Bellagengebühr 1 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 127. Mittwoch den 1 Juni 1921. 44. Jahrgang

Die Politik der neuen Regierung.

Mit großer Spannung sieht man der kommenden Erklärung des Reichskanzlers Wirth im Reichstage entgegen. Ob diese Erklärung die Formulierung eines Regierungs-„Programms" bringen wird, steht im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch gar nicht fest. Auch für ein Regierungsprogramm gilt der Satz: „Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe!"

In einer Zeit, in der mehr als je die Dinge noch vollkommen im Flusse sind, ist es ohnehin ungeheuer schwer, bindende Normen für bestimmte politische, finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen sich zu stellen und immer in dem einmal gesteckten Raum zu bleiben. Klar und eindeutig müssen dagegen die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Richtlinien der neuen Regierung sein. Und in dieser Beziehung ist, wie der Reichskanzler selber schon in den verschiedensten Wendungen erklärt hat, die loyale Ausführung des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatums das Motto. Die neue Regierung wird um deswillen stärker als jede vorangegangene mit dem Problem von Versailles sich beschäftigen müssen, weil sie jetzt daran gehen muß, die damit unterschriebenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist sehr bedauerlich, daß gerade in diesem Augenblick, wo die unbedingte Geschlossenheit und Einheit aller Klassen und Schichten im Volke bedingen würde, eine Entzweiung durch das Lager der Parteien geht, wie noch selten zuvor. Große Kreise des Bürgertums, in denen sich starke, schaffende Kräfte und vor allem große intellektuelle Fähigkeiten finden, stehen abseits.

Der Hader in der Politik ist größer als je. Die Entfremdung im Wirtschaftsleben beginnt wieder Formen anzunehmen, die zu Besorgnissen Anlaß geben müssen. Mehr als je zuvor ist eine sichere Führung vonnöten, eine starke Hand, die das ausführt, was nach vorangegangener geistiger Verarbeitung des Problems als unerläßlich zum Wohle der Gesamtheit und zur Rettung des Reiches und des Volkes vor dem Abgrund angesehen wird. Niemand darf sich im Zweifel darüber sein, daß wir insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet Eingriffe von einer bislang unerhörten Schwere vornehmen müssen. Wie aber soll dieses Werk in Angriff genommen oder durchgeführt werden können, wenn nicht die Einheitsfront aller Gutgesinnten zustande gebracht werden kann! Von denen, die gegenwärtig nicht in der Regierung vertreten sind, wird gewiß ein starkes Opfer verlangt, aber nicht ein Opfer für die Partei, sondern ein Opfer für das Vaterland. Niemand will und wird sich den Verpflichtungen, die uns ein grausames Ultimatum auferlegte, entziehen, dem darüber ist sich jeder klar, daß eine Sabotage einer auf die Abtragung der Reparationslasten abzielenden politischen oder wirtschaftlichen Maßnahme letzten Endes diejenigen selber am schwersten treffen müßte, die solcherlei versuchten. Aber über das „Wie" der Erfüllung dieser Verpflichtungen werden sich — darauf müssen wir uns nun einmal bei der in Deutschland herrschenden Geistesverfassung der Parteien gefaßt machen — die gewaltigsten Kämpfe politischer, parlamentarischer und wirtschaftlicher Natur abspielen, die in Deutschland bisher und in der Geschichte aller Völker bisher ohne Beispiel gewesen sind, weil noch kein Land vor solche riesigen Aufgaben gestellt worden war, wie sie Deutschland in einer auf Jahrzehnte sich erstreckenden Abtragung einer phantastischen Kriegsentschädigung erfüllen soll.

Oberschlesien.

Die französische Note an England.

Paris, 31. Mai. Zu der Note über die oberschlesische Frage, die die französische Regierung der englischen Regierung überreichen ließ, ist noch hervorzuheben, daß der Vorschlag gemacht wird, die Vertreter der Verbündeten sollten in Warschau und Berlin gemeinsame Vorstellungen machen, damit die Feindseligkeiten eingestellt würden und die beiderseitigen Landsleute in Oberschlesien die Waffen streckten. Ferner soll die Interalliierte Kommission in Oppeln sich mit einer Erklärung an die Bevölkerung wenden, unter Betonung, daß die Verbündeten den Friedensvertrag von Versailles mit strenger Gerechtigkeit anwenden würden. Endlich soll die einzusetzende gemischte Kommission baldigst an Ort und Stelle die Erhebungen anstellen, damit der Oberste Rat über alle unerläßlichen geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen aufgeklärt wird.

Die Sperrung der Grenze.

Berlin, 31. Mai. Der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern ist in Uebereinstimmung mit der preußischen Staatsregierung an die oberschlesische Grenze gereist, um die Ueberwachung zu kontrollieren. Er hat festgestellt, daß entsprechend der geringen Anzahl der Schutzpolizei das Menschenmöglichste getan worden ist, um die Grenze abzusperren, und daß tatsächlich erreicht ist, daß weder bewaffnete Trupps noch Freikorps oder bewaffnete Trupps auf das jenseitige Gebiet gelangen konnten.

Stockende Kohlenlieferungen.

Berlin, 31. Mai. Die deutsche Regierung richtete am 20. Mai an die Entente eine Note, worin sie über das Ausbleiben jeglicher Kohlenlieferungen aus Oberschlesien klagte. Es ist darauf noch keine Antwort eingegangen, obwohl um schnellste Erledigung gebeten wurde.

Aus dem Reiche.

Der neue Reichskommissar für die besetzten Gebiete.

Köln, 31. Mai. Fürst Hatzfeld soll Nachfolger des scheidenden Reichskommissars Dr. von Starck werden. Fürst Hatzfeld ist bekannt als deutsches Mitglied der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, aus der er allerdings schon vor geraumer Zeit ausgetreten war.

Verfahren gegen Kapitänleutnant Neumann eingestellt.

WTB. Leipzig, 31. Mai. Wie verlautet, wird das Verfahren gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann, der wegen der Versenkung des Hospitalschiffes Dover attle angeklagt wird, eingestellt werden, da die Voruntersuchung die vollständige Unschuld des Angeklagten ergab. Die Einstellung erfolgt jedoch nicht wie üblich im Beschlußverfahren, sondern in der am 14. Juni anberaumten öffentlichen Verhandlung.

Ausland.

Frankreich.

Zum Aufbau.

Der Senat hat die Besprechung der Etatausgaben, die von Deutschland bezahlt werden sollen, fortgesetzt. Loucheur lehnte die Teilnahme deutscher Arbeiter an dem Wiederaufbau Frankreichs ab. Deutschland könne auf seinem eigenen Grundgebiet sehr gut Material anfertigen, das in Frankreich dann verwendet werden könne.

Japan.

Kein Prinzen-Ersatz.

Die japanische Gesandtschaft dementiert das von einigen Blättern verbreitete Gerücht, wonach die Japaner irgend einen anderen und nicht den Kronprinzen nach England gesandt hätten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 31. Mai.

Präsident Loebe teilt unter gleichzeitiger Einlegung eines energischen Protestes mit, daß der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hartmann von den Polen gefangen genommen worden ist. Der Präsident teilt ferner mit, daß der Abgeordnete Spahn (Ztr.) in der Zwischenzeit seinen 75. Geburtstag begangen hat. Der Abgeordnete Spahn gehört bereits 37 Jahre dem Hause an. Der Präsident hat im Namen der Reichsregierung herzliche Glückwünsche ausgesprochen. (Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der **Abg. Höllein (Kommunist)**, die Anträge seiner Partei auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen mit auf die Tagesordnung zu setzen. **Abg. Ledebour** (Unabh.) unterstützt den Antrag Höllein. Nachdem Abg. Höllein unter lebhaften Angriffen auf die sozialdemokratische Partei für seinen Antrag eingetreten ist, erklärt der Präsident, er könne nach der Geschäftsordnung nur angenommen werden, wenn niemand Widerspruch erhebt. **Abg. Schulz-Bromberg** (Deutschnatl.) erhebt Widerspruch. Damit ist der Antrag erledigt.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein: Erledigung von Anfragen. Auf eine Anfrage des **Abg. Moldenhauer** (D. Vp.) wegen der Schießerei, welche französische Soldaten am 26. 4. in Millheim ausübten und wobei zwei Personen verwundet wurden, erklärt ein Regierungsvertreter, es handle sich hier um durchziehende französische Soldaten. Den Offizieren sei es gelungen, die durch einen Steinwurf erregten Mannschaften wieder zu beruhigen.

Auf eine Anfrage der Abg. Frau **Schreiber-Krieger** (Soz.) gegen die Ausdehnung des Schlafwagenbetriebs der Mitropa auf Kosten des Reiches erklärt ein Regierungsvertreter, die Gesellschaft sei als Gegengewicht gegen französische und englische Einflüsse gegründet worden. Die früheren preußischen Schlafwagen werden nicht in das Ausland hereingelassen, wohl aber die der Mitropa. Eine weitere Ausdehnung des Betriebes der Mitropa werde aber nicht zugelassen werden, falls die Staatswagen dadurch geschädigt würden. Im übrigen zahle die Mitropa ausreichende Mittel und die Verträge mit ihr würden jetzt nochmals im Interesse des Reiches revidiert.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten **Hewicker** (Deutschn.) wegen des unbegründeten Verbots der Hallenschen Zeitung durch den Oberpräsidenten Hörsing erwidert der Regierungsvertreter Oberst Künzer, daß der Oberpräsident gegenüber der überaus schroffen Schreibweise des Blattes sich im staatlichen Interesse zu einem Verbot von zehn Tagen berechtigt gehalten hat. Der als Beschwerdeinstanz angerufene Reichsratsausschuß hat jedoch beide Verbote aufgehoben.

Nachdem noch ein Regierungsvertreter mitteilte, daß die Regierung in der Angelegenheit des von den **Polen verhafteten** Abgeordneten Dr. Hartmann zu dessen Befreiung energische Schritte bei der Interalliierten Kommission eingeleitet hat, vertagt sich das Haus auf morgen.

Preußischer Landtag.

Berlin, 31. Mai.

Abg. Engberding (D. Vp.) führt in einer Anfrage Beschwerde über eine Verfügung des Wohlfahrtsministers Stegerwald, die sich gegen die Anwendung des § 10 der Höchstmietenverordnung durch die Mieteinigungsämter wendet. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß gegenwärtig neue Ausführungsbestimmungen vorbereitet werden.

Hierauf kommt die große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung, die von der Regierung die baldmögliche Schaffung eines Gesetzes zur Abänderung des kommunalen

Abgabengesetzes und des Reichs- und Provinzialabgabengesetzes

verlangt. In Verbindung damit wird ein Zentrumsantrag eingebracht, der neue Anweisungen für die Erhebung von Realsteuern und von Zuschlägen der Realsteuern verlangt.

Abg. Müller (Soz.) begründet die Interpellation. Eine Aenderung der Gesetzgebung sei dringend notwendig, um der Ausplünderung der Aermsten ein Ende zu machen.

Abg. Allegoer (Ztr.) begründet den Zentrumsantrag. Bei den bedingten Steuerverhältnissen der Gemeinden müßten die Realsteuern unbedingt der Gemeinden verbleiben. Der Zuschlag zu den Realsteuern dürfte nur genehmigt werden, wenn die Leistungsfähigkeit des belasteten Erwerbszweiges dadurch nicht gefährdet wird.

Ein Regierungsvertreter betonte die große Steuernot der Gemeinden, die in verstärktem Maße auf die Realsteuern und die indirekten Steuern zurückgreifen müßten. Die Provinzen und Kreise sind aber nicht allein auf die Realsteuern angewiesen, und so steigert sich die Belastung der betreffenden Erwerbszweige außerordentlich. Wir befinden uns

noch lange nicht am Abschluß der Finanzreform

und mit einer Aenderung des kommunalen Abgabengesetzes allein ist das Problem nicht zu lösen. In erster Linie ist erforderlich eine Abgrenzung des Steuergebietes zwischen Reich, Land und Gemeinden. Die Spitzen der Gemeinden müßten dabei ebenso gehört werden wie die des Reiches und der Länder. Um aber einem dringenden Notstand der Gemeinden abzuhelfen, soll noch in dieser Woche eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz kommen, die den Gemeinden die Möglichkeit gibt, Verwaltungsabgaben für die vielen neuen Gemeindebehörden, Wohnungsämter, Kohlenstellen usw. zu erheben.

Abg. von Eynern (D. Vp.): Die Ueberspannung der Realsteuern muß geradezu zum Zusammenbruch mancher Erwerbsverbände führen.

Abg. Kath (Komm.): Die Steuerämter sind absolut arbeitsunfähig, weil sie nur mit früheren Offizieren besetzt sind. Warum haben die Sozialdemokraten keine Aenderung geschaffen, als sie diese Aemter gehabt haben? Wir wollen diese Regierung systematisch stürzen, und Sie werden es noch im Laufe dieses Jahres merken. Wer das Entente-Diktat unterschrieben hat, darf sich über die Zerrüttung der Finanzen nicht beklagen.

Abg. Dr. Breuer (Soz.) wendet sich gegen den Zentrumsantrag. Der Staat könne nicht einfach auf die Realsteuern verzichten.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch vertagt.

Die Hauptversammlung des Sauerländischen Gebirgsvereins verbunden mit dem 18. Sauerländischen Gebirgsfest

drückten der Gebirgsstadt Iserlohn zwei Tage lang den Stempel einer von Liedern und Frohsinn durchfluteten Stadt auf. Am Samstag nachmittag begrüßte der 1. Hauptvorsitzende, Stadtrat Perker, Hagen, die weit über 200 Teilnehmer an der Jahresversammlung mit einem kurzen Rückblick auf das in den bisherigen Jahren Geleistete, Namens der Stadt Iserlohn sprach Bürgermeister Dr. Schulte, namens des Landkreises Landrat Dr. Loos und namens der Regierung von Arnsberg Geh. Reg.-Rat Rahm in herzlichen Worten über die vaterländischen Ziele des S. G. V. und den Zusammenhang mit der Heimat. Ausführlichen Jahresbericht erstattete der Geschäftsführer Schulte. 1920 brachte dem S. G. V. seinen größten Mitgliederzuwachs mit 7240; augenblicklich zählt der Verein in über 200 Abteilungen nahezu 20 000 Mitglieder und ist damit der stärkste Verein dieser Art in Norddeutschland. Von den Behörden werden die idealen Bestrebungen des S. G. V. immer mehr gewürdigt und durch Erlasse wie Zuschüsse wesentlich unterstützt. Dem Tier- und Pflanzenschutz im Sauerlande widmet der Verein neuerdings ebensosehr seine Aufmerksamkeit wie der größeren Ausdehnung des Heimatschutzes und der Heimatpflege. Die diesjährige Ausstellung „Kunst und Künstler des Sauerlandes" war von gutem Erfolge gekrönt. Die Förderung der Jugendherbergen und der Jugendpflege in eigenen Jugendgruppen (für erstere wurden 2000 ℳ zur Jugendherberge Hohensyburg bewilligt) nahm breiten Raum ein. Die Beteiligung an dem vom S. G. V. gegründeten Sauerland-Verlag in Iserlohn hat gute Früchte gezeitigt. Der Presse wurde für ihre pflegliche Behandlung des Wanderns und alles Heimatlichen besonders gedankt. Der Verkehr der Iserlohner Geschäftsstelle wuchs immer mehr aus. In der Auffassung, daß unserem Volke Heimatliebe, Liebe zur Natur und Wanderfrohsinn heute mehr denn je die höchsten Güter auf Erden sind, ist der S. G. V. zu seinem Teile mit an der innerlichen Erstarkung unseres Volkes und Vaterlandes. Nachdem der Vorsitzende des Hauptwegeausschusses Emrich, Hagen, über dessen Arbeiten und der Hauptvorsitzende über die Tätigkeit des Vereinsausschusses berichtete, wurde die Jahresabrechnung 1920 abgenommen und der Haushaltsplan für 1921 genehmigt. Nachdem die Jahresabgabe an den Hauptverein seitens der einzelnen Abteilungen auf 6 Mark für jedes Mitglied festgesetzt, wovon ein erheblicher Teil zur Pflege praktischen Heimatschutzes verwandt werden soll, wurden einige Anträge der Abt. Dortmund auf Errichtung eigener Wanderherbergen und besseren Schutz der Naturdenkmäler dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen und die Jugendpflege im S. G. V. eingehend behandelt. Geh. Reg.-Rat Rahm sprach sich hierüber besonders anerkennend aus und mehrere Jugendliche selbst erläuterten ihre Zwecke und Ziele. Der geplante wissenschaftliche Ausschuß soll in Verbindung mit dem wiederauflebenden Bund für Heimatschutz im Sauerland gebildet werden. In den Hauptvorstand wurde Dr. Schauerte-Rietberg (aus Nordenau) neugewählt und Siegen als Tagungsort für 1922 gewählt. — Nach den 5-stündigen Verhandlungen vereinigten sich an 2000 Festgäste im Saale der Alexanderhöhe zu einem prächtigen Unterhaltungsabend, bei dem auch die Jugendgruppen mitwirkten. Namens der Abteilung Iserlohn begrüßte dessen Vorsitzender Scheilens, namens des gesamten S. G. V. der 2. Hauptvorsitzende Kracht und namens der Bürgerschaft Iserlohns der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Becker die zahlreich Erschienenen. Außer einem wirkungsvollen Vorspruch verdient vor allem der von einer Kölnerin vorgetragene dichterische Gruß vom Rheinstrand dem Sauerland Erwähnung, der der Zeitstimmung den passendsten Ausdruck verlieh. Nur schwer trennten sich die meisten von den gelungenen

Darbietungen. — Während am Samstag der Himmel regendrohende Wolken über Oberlohns Wäldern entsandte, lachte am Sonntag die Sonne über noch weit mehr tausende alter und neuer Festgäste, darunter über 600 Jugendgruppenmitglieder, die sich nach einem geschlossenen Festzuge durch die Stadt an den Stadtteichen im Walde den ganzen Tag über mit Wettkämpfen, Spielen, Tänzen, Singen und Tummeln auf dem Rasen nicht nur die Zeit vertrieb, sondern auch ihr ganzes Können den daran vorbeigeführten Aeltesten zeigte. Außer einer gemeinsamen Besichtigung der Kunstausstellung und einem Frühkonzerte am Rupertesch gabs dann als eigentlichen Abschluß des Erbitzgsfestes ein von 500 Personen besuchtes Festessen. So hat dann die Herschau des S. G. V. nach 7 stillen Jahren einen Sonnenblick im trüben Zeitalter eröffnet und den altbewährten Geist der Sauerländer wieder zu Ehren gebracht.

Kommunistenhäuptling Bovensiepen vor Gericht.

hn. **Hagen**, 1. Juni. Vor dem außerordentlichen Gericht erschien gestern der 32jährige Schlosser Otto Bovensiepen aus Essen, dem zur Last gelegt wird, als oberster Führer den Kommunistenputsch am Osterdienstag in Gevelsberg geleitet, den Postraub ausgeführt und den Bankraub angeordnet zu haben. Er soll der Mann mit gelbem Mantel und falschem Bart gewesen sein, der die Kampfleitung in Händen hatte, der die Bahnen stillegte und schließlich verschwand, als die Schupo anrückte. Gevelsberger Bürger verfolgten ihn, wurden aber durch Revolverschüsse an seiner Festnahme gehindert. Zunächst blieb B. verschwunden. Nach einiger Zeit erhielt aber die Polizei Kenntnis, daß er sich unter falschem Namen bei einem Parteigenossen verborgen halte. B. wurde verhaftet, bestritt zunächst der Gesuchte zu sein, gab es dann aber zu, als seine Schwester sein Lichtbild als das ihres Bruders bezeichnet hatte. Er verweigerte nun jegliche Aussage und ist dabei bis zum Schluß der gestrigen Verhandlung geblieben. Als Verteidiger trat lediglich der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Wolff (Düsseldorf) auf. Dieser erklärte vor Eintritt in die Verhandlung, daß er sich durch das große Aufgebot von Schupomannschaften in seiner Verteidigung beschränkt fühle (!) und sie niederlegen werde, wenn keine Aenderung eintrete.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Roebling ordnet die Anwesenheit von 6 Mann an. Der Verteidiger lehnt sodann den Beisitzer Landrichter Schulze wegen dessen Zugehörigkeit zur deutschnationalen Partei als befangen ab und droht wiederum mit Ablehnung der Verteidigung, wenn seinem Verlangen nicht stattgegeben werde. Staatsanwalt Kröner widerspricht energisch der Uebertragung der Parteigrundsätze auf das Gericht. Dieses weist die Ablehnung als unbegründet zurück, nachdem der abgelehnte Richter sich für unbefangen erklärt hat. Der Verteidiger beantragt darauf Vertagung zwecks Ladung neuer Zeugen. Angeklagter leide seit 6 Jahren an schwerer Syphilis und als Folge an Paralyse, was er aus Schamhaftigkeit (!) bisher verschwiegen habe, was aber Anwendung des § 51 (Strafausschließung) bedinge, ferner sei durch Zeugen aus Düsseldorf sein Alibi nachzuweisen. Das Gericht ordnet unter Ablehnung der weitergehenden Beweisanträge die Ladung des Gefängnisarztes Dr. Kettler (Hagen) als psychiatrischen Gutachter an.

Nunmehr wird nach bereits zweistündiger Sitzungsdauer in die Verhandlung eingetreten. Der Zeugenaufruf ergibt die Anwesenheit von 41 Zeugen, von denen 5 aus dem Gefängnis vorgeführt werden und zwar 4, die lediglich als Vergleichspersonen dienen. Einem dieser Zeugen und dem Angeklagten wird ein falscher Bart angeklebt, worauf die Vernehmung des B. erfolgt. Er ist verheiratet, Vater eines Kindes und gehört der kommunistischen Partei seit 1918 an. Er ist wegen Hausfriedensbruchs und Aufruhrs vorbestraft und wird wegen

Erpressung von 120000 Mark Postgeldern

von Essen aus verfolgt. B. erklärt, daß er dieses Geld „beschlagnahmt" habe. Er habe bisher keine Aussage gemacht, damit er denjenigen kennen lerne, der ihn verraten habe. Im übrigen werde er erst am Schlusse der Verhandlung seine Erklärung abgeben. Aus den Akten ergibt sich die interessante Feststellung, daß B. beim Raube der Postgelder in Gevelsberg in genau der gleichen Weise wie ein Jahr früher in Essen vorgegangen ist.

In Gevelsberg nannte er sich Felsmann

und unter diesem Namen war er einem Goldwarenhändler in Elberfeld namens Pieper bekannt, bei dem er als guter Kunde wohl gelitten war, der auch längere Zeit Briefe für ihn entgegennahm, die er zuletzt Ostermontag nach Gevelsberg gebracht hat, um sie ihm persönlich zu übergeben. Die Zeugen Polizeikommissar Becker, die Oberwachtm. Rentsch und Buchholz, Postdirektor Vormann, Postsekretär Kertscher, Kraftfahrer Glöckner, Rentmeister Bußmann und zahlreiche weitere Zeugen erkennen mit Bestimmtheit an vielen ihm eigentümlichen Merkmalen in dem Angeklagten den Mann im Barte wieder, der in Gevelsberg die ihm zugeschriebene Rolle gespielt hat. Mehrere Zeugen bekunden auch das intelligente Auftreten des B. Einer Intelligenzprüfung entzieht sich B. durch Schweigen, er hat aber in der Untersuchungshaft wissenschaftliche Werke lesen wollen. Gutachter Dr. Kettler bezeichnet den Angeklagten als durchaus intelligenten Menschen, der für seine Taten voll verantwortlich sei. Die charakteristischen Merkmale etwa vorhandener paranoischer Erscheinungen hätten sich nicht gezeigt, weil Paralyse (Hirnerweichung) nicht vorhanden sei. Anstaltsbeobachtung hält der Gutachter für unnötig. Der Verteidiger beantragt jetzt die Ladung des Parteiführers Otto Felsmann und eines Otto Hensmann, die bei Zusicherung freien Geleits kommen und bekunden würden, daß B. in fraglicher Zeit nicht aus Düsseldorf herausgekommen sei. Das Gericht lehnt den Antrag als unerheblich ab. Er bedeute ein Verschleppungsmanöver, da der Angeklagte genügend Zeit zur Vorbereitung seiner Beweisanträge gehabt habe. Damit wird die Beweisaufnahme geschlossen und es beginnen die Plaidoyers. Der Vertreter der Anklagebehörde schilderte in scharf und klar umrissenen Darlegungen die folgenschwere Tätigkeit des Angeklagten, der sein Schweigen fortgesetzt habe, weil er unter der Wucht der Beweise gegen ihn zusammengebrochen sei. Er beantragt wegen Hochverrats die im Gesetz vorgesehene Verhängung lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Der Verteidiger sucht den Identitätsbeweis zu entkräften. Als Redner nach langen politischen Erörterungen ganze Bündel Aufrufe und Artikel aus kommunistischen Zeitungen verliest, macht ihn der Vorsitzende auf das Unzulässige dieser Ueberschreitung des Verteidigerrechts aufmerksam. Das Gericht sei zu erschöpft, um nach der Verlesung aller Jahrgänge der „Roten Fahne" folgen zu können. Der Verteidiger schließt mit der „geschmackvollen" Bemerkung, das Hagener Gericht werde in ganz Deutschland als Blutgericht bezeichnet. Vorsitzender: Steht das auch in der „Roten Fahne?" — Nach fast einstündiger Beratung wird in erster Abendstunde das Urteil verkündet. Danach hat das Gericht beim Angeklagten Hochverrat nicht mit genügender Sicherheit feststellen können. Seine Teilnahme als Rädelsführer sei indes einwandfrei erwiesen, seine Taten seien solche eines gemeinen Verbrechers. Bei ihm komme kein politischer Gesichtspunkt in Betracht. Leute mit solchem verbrecherischen Charakter müßten unschädlich gemacht werden und deshalb habe das Gericht auf die Höchststrafe von

15 Jahren Zuchthaus,

10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. — Angeklagter, der bis zum Schluß seine Unschuld beteuert hatte, nahm das Urteil kopfschüttelnd auf und ließ sich ruhig abführen.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 1. Juni.

— **Der Kriegerverein 16. Armee-Corps Gevelsberg** hatte am letzten Samstag seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, in welcher insbesondere über die Festsetzung der Satzungen der Begräbnisunterstützungskasse und über die Feier des diesjähr. 15jährigen Bestehens des Vereins verhandelt werden sollte. Den Mitgliedern wurde Aufklärung gegeben, daß die geplante eigene Begräbniskasse sich günstiger gestalten würde als die des Verbandes vom 16. A.-C. Letztere beabsichtigt die hierfür erforderlichen Beiträge bedeutend zu erhöhen. Nach reger Aussprache wurde der Gründung der Kasse zugestimmt und die Satzungen genehmigt. Der Verein stellt für die Kasse einen Fonds zur Verfügung und errichtet im Umlageverfahren bei einem Sterbefalle eines Kameraden 300 Mk. außerdem erhalten die Hinterbliebenen aus der bestehenden Unterstützungskasse einen weiteren Betrag von 200 Mk. sodaß bei einem Sterbefalle eines Kameraden 500 Mk. gezahlt werden. Ferner werden beim Sterbefalle der Ehefrau von einem Kameraden 150 Mk. aus der Unterstützungskasse entrichtet. Die Höhe des Sterbegeldes wird jedes Jahr durch Generalversammlungsbeschluß festgelegt. Sodann beabsichtigt der Verein der Begräbnisunterstützungskasse von der hiesigen Kriegervereinigung beizutreten und empfiehlt den Mitgliedern baldige Aufnahme. — Die Feier des 15jährigen Bestehens soll voraussichtlich am 13. August — am Gründungstage — im engeren Kreise der Kameraden und deren Familienangehörigen stattfinden. Hierfür wurde außer dem Vorstande ein Festausschuß von 3 Mitgliedern und zwar die Kameraden, Knipping, Krümmelbein und Schlemmer gewählt. Zur Aufnahme hatten sich 7 Kameraden gemeldet. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Verein am Samstag einen Zuwachs von 20 Kameraden erhalten hat, sodaß heute 70 Kameraden dem Verein angehören. — Infolge Auflösung des 16. A.-C. ist der Verein in der Lage, nicht nur Kameraden, welche beim 16. A.-C. gedient haben, aufzunehmen, sondern auch gediente Kameraden von den übrigen Corps und Abteilungen.

1871-1921

50jährige Erfahrung und der Grundsatz: „die besten Rohstoffe durch die tüchtigsten Fachleute verarbeiten" sind Bürge für die Güte des

Continental Pneumatik

— **Reichsbund der Deutschen aus den früheren Oesterreich-Ungarn.** Der Bund steht auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er erstrebt die Vereinigung der deutschsprachigen Landesteile des früheren Oesterreich-Ungarn mit dem Deutschen Reich. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain haben die Hoffnungen der vielen Deutschen in Oesterreich zu schanden gemacht und die in den Novemberstürmen des Jahres 1918 entstandene Republik Deutsch-Oesterreich ist heute infolge der bekannten Nachwirkungen des Krieges, der besonders die ehemalige Donaumonarchie schwer heimgesucht hat, nicht lebensfähig. Der Bund vereinigt in seinen Reihen Mitglieder aller politischen Parteien, stellt sich auf dem Boden parteipolitischer Neutralität und verfolgt nur den Zweck, das obengenannte Ziel zu propagieren. Er will vor allen Dingen unter der Arbeiterschaft aufklärend wirken, um die vielen Vorurteile, die heute noch teils aus Unkenntnis, teils aus Böswilligkeit gegen den österreichischen Arbeitsbruder bestehen, zu beseitigen. Es soll heute der Deutsch-Oesterreicher, wenn auch noch nicht staatspolitisch mit der Deutschen Republik verbunden, vom deutschen Volk als Gleichberechtigter betrachtet werden und nicht als lästiger Ausländer, da gemeinsame Sprache und Sitten beide Völker verbinden. Ferner will der Bund die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertreten und fordert deshalb alle Stammesgenossen auf, sich in diesem Bund zusammenzuschließen. Anmeldung nimmt Hans Pieke, Hagen, Kaiserstraße 17, jederzeit entgegen.

— **Ein Einbruch** erfolgte in der vergangenen Nacht in dem Putzgeschäft der Frau Marg. Brückmann, Hagenerstraße. Die Diebe entwendeten für einige Hundert Mark Waren. Von den Tätern konnte inzwischen einer in Schwelm festgenommen werden.

— **Allgemeine Ortskrankenkasse Gevelsberg.** Die Geschäftsführung ist von Herrn Heinemann aus Oberlohn übernommen worden.

— **Personalien.** Ober-Postsekretär Wiedenau wurde mit Wirkung vom 1. April 1920 an zum Postinspektor befördert.

— **Schranken-Bedienung durch Drahtzug.** Um die Kosten für den Wärter bei Gleisübergang Km. 132,6 der Bahn Elberfeld-Hagen zu sparen, will die Hagener Eisenbahndirektion die Schranke vom Stationsgebäude aus durch Drahtzug bedienen lassen. Einsprüche gegen diesen Plan sind an das hiesige Stadtbauamt, Zimmer 18, noch bis 6. Juni zu richten. An derselben Stelle können auch die Pläne eingesehen werden.

— **Beratung des Gesetzentwurfes** über eine **Lohnsteuer.** Im Reichsfinanzministerium hat dieser Tage eine Sitzung über die Richtlinien für den kommende Lohnsteuergesetz stattgefunden, in welcher auch der Reichsverband des deutschen Handwerks vertreten war. Der Gesetzentwurf wird demnächst der Reichsregierung zugehen. Die Interessen der Handwerker sind in der Sitzung entsprechend gewahrt worden. Vor allen Dingen ist eine Klärung zahlreicher Streitfragen, die noch vorlagen, herbeigeführt worden. Ueber den Gesetzentwurf selber wird, sobald er der Reichsregierung vorliegt, ausführlich berichtet werden.

— **Die evangel. Religionslehrer** an den höheren Schulen Westfalens hielten ihre Jahresversammlung wieder wie immer in Hamm ab. Die Tagung war gut besucht. Mehr als 30 höhere Lehranstalten der Provinz Westfalen waren vertreten. Gym.-Sup. D. Zoellner als Vertreter des Konsistoriums und Geh. Rat Dr. Schlüter als Vertreter des westfälischen Provinzialschulkollegiums waren anwesend. Der Vorsitzende des Vereins, Geh. Rat Dr. Eickhoff-Hamm sprach über die fundamentale erzieherische Bedeutung des Religionsunterrichts an höheren Schulen. Im Anschluß daran fand eine lebh. Besprechung statt, die sich vor allem auf das Verhältnis des Religionsunterrichts zu Staat und Kirche bezog. Als Ergebnis wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Wir evangelischen Religionslehrer an den höheren Schulen Westfalens halten nach wie vor den Religionsunterricht für das wertvollste und in erzieherischer Beziehung wichtigste Unterrichtsfach sowohl an den höheren Schulen als auch in der Volksschule. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß von seiten der

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

85) (Nachdruck verboten.)

„Aus dem allen also schöpften Sie die Vermutung, daß die Prinzessin und ihre Schwester an der Ermordung des Martens beteiligt seien, und daß man sich des Fräuleins von Wehringen als eines Werkzeuges für die Ausführung der Tat bedient habe?"

„Wann hätte ich einer solchen Vermutung Ausdruck gegeben, Herr Hollfelden?"

„Ah, warum wollen Sie es ableugnen? Alle Ihre Andeutungen und Drohungen werden doch erst verständlich, wenn man sie in diesem Sinne deutet."

„Für die Deutung, die Sie oder andere meinen Aeußerungen geben, kann ich mich unmöglich verantwortlich fühlen. Ich vertrete lediglich das, was ich gesagt oder geschrieben habe. Und ich habe niemals behauptet, den Mörder oder die Mörderin des Otto Martens zu kennen."

„Möglich! Aber Sie sind nichtsdestoweniger in Ihren Kombinationen weiter gegangen, als Sie es verantworten können. Denn dafür, daß, wie Sie vorhin andeuteten, Fräulein von Wehringen in jener Nacht die Wohnung des Martens betreten habe, besitzen Sie keinen anderen Anhalt als die Schlüsse, die Sie aus Ihrer allgemeinen Kenntnis der Verhältnisse ziehen."

„Sie sagten, daß Sie mein Brief an die Komtesse Hermine Waldendorff gerettet haben?"

„Nun ja, ich habe ihn gelesen. Und was weiter?"

„In diesem Briefe glaube ich ziemlich sicher auf eine Entdeckung oder Feststellung hingewiesen zu haben, zu der mir ein glücklicher Zufall neuerdings verholfen hat. Und ich wiederhole Ihnen, daß ich immer vertreten kann, was ich schreibe."

„Eine Entdeckung, die auf Fräulein von Wehringen Bezug hat?" fragte Heinz mit rascher klopfendem Herzen.

„Eine Entdeckung, deren Bekanntgabe dem Staatsanwalt oder dem Untersuchungsrichter jedenfalls Veranlassung sein würde, sich zunächst mit dem Fräulein von Wehringen zu beschäftigen."

„Und Sie waren bereit, die Komtesse über die Natur ihrer vermeintlichen Entdeckung zu unterrichten?"

„Ja, ich war dazu bereit."

„So bitte ich Sie auf das Dringendste, mich als den bevollmächtigten Vertretermann der Gräfin anzuerkennen und mir alles zu sagen, was Sie ihr gesagt haben würden. Ihre Interessen werden dadurch sicherlich keinen Schaden erleiden."

„Dessen bin ich nicht so ganz sicher. Da, wenn ich volle Klarheit über die Natur Ihrer Beziehungen zu den Damen hätte —! Aber woher soll ich wissen, wie weit das Vertrauen geht, das man Ihnen auf jener Seite entgegenbringt?"

„Vielleicht genügt es Ihnen, zu erfahren, daß Fräulein von Wehringen meine Braut ist."

„Ah, das interessiert mich in der Tat," entgegnete Doktor Dombrowski. „Auf meinen Glückwunsch werden Sie ja, wie ich vermute, kein Gewicht legen, aber meine Bedenken werden dadurch allerdings wesentlich abgeschwächt. Darf ich fragen, ob es sich um eine öffentliche Verlobung handelt?"

„Sie wird in demselben Augenblick veröffentlicht werden, in dem Fräulein von Wehringen nach Berlin zurückkehrt," erklärte Heinz, nur von dem Wunsche geleitet, das gewonnene Terrain unter keinen Umständen wieder zu verlieren. Dombrowski aber schien noch immer nicht zu einem festen Entschluß gelangt, denn wohl eine Minute lang blieb sein Gesicht nachdenklich dem Fenster zugewendet, ehe er sagte:

„Von der Aufrichtigkeit Ihres Interesses an dem Schicksal des Fräuleins von Wehringen könnte ich mich nach solcher Mitteilung wohl hinlänglich überzeugt halten. Aber es kommt für mich noch etwas anderes in Betracht, nämlich die Frage, ob Ihr Fräulein Braut Einfluß genug auf die Prinzessin Apragin besitzen dürfte, um die Dame zu einem gewissen Opfer zu bestimmen."

„Auch diese Frage kann ich unbedenklich bejahen. Die Prinzessin wird sicherlich alles tun, was in ihren Kräften steht, um ein drohendes Ungemach von dem Haupte ihrer innersten Freundin abzuwenden."

„Nun wohl, da Sie auf Schloß Buchberg gewesen sind, können Sie das ja am Ende wissen. Und so will ich Ihnen denn auf die Gefahr hin, damit eine Dummheit zu begehen, mitteilen, was ich nach reiflicher Ueberlegung nur für die Komtesse Waldendorf bestimmt hatte. Also: ich weiß, daß Fräulein von Wehringen in jener Nacht im Arbeitszimmer des Otto Martens gewesen ist. Ich habe den Beweis dafür in Händen."

„Und dieser Beweis, er besteht worin?"

„In einem harmlosen kleinen Gegenstand, den Paul Martens vor etlichen Tagen in dem hintersten Winkel einer Schreibtischschublade gefunden und auf mein Ersuchen mir überlassen hat."

„Einen Gegenstand, der nach Ihrem Dafürhalten von dem Fräulein Wehringen stammt?"

„Ja."

„Wollen Sie ihn mir zeigen?"

„Mit Ihrer Erlaubnis — nein, das will ich nicht. Ich halte Sie gewiß für einen Mann von Ehre; aber es gibt im menschlichen Leben Situationen, wo Ehre und Ehre in einen Konflikt geraten können, dessen Ausgang nicht immer mit Sicherheit vorauszusagen ist. Und am Ende kann es Ihnen ja auch genügen, wenn Sie erfahren, daß das bewußte corpus delicti ein Knopf ist, ein eigenartig geformter und geprägter silberner Knopf, wie ihn nach der neuesten Mode die Damen an ihren Jaketts und Abendmänteln zu tragen lieben."

„Ah! Und auf solchen Fund glauben Sie eine so folgenschwere Verdächtigung gründen zu dürfen? — Sie — der ebenfalls weiß, wie ich, daß Martens einen sehr lebhaften Verkehr mit allen möglichen Damen unterhielt, die sich ebenfalls nach der neuesten Mode zu kleiden pflegten? Ich kann Ihnen aus eigener Wahrnehmung bestätigen, daß derartige Damen sich sehr häufig in seiner Wohnung aufhielten. Da wird eben eine von ihnen gelegentlich den kostbaren Knopf verloren haben."

„Die Möglichkeit wäre keineswegs ausgeschlossen, und ich habe Herrn Paul Martens die jetzt in dem Glauben gelassen, daß es sich so verhielte. Mir für meine Person aber müssen Sie schon gestatten, anderer Meinung zu sein."

(Fortsetzung folgt.)

Man fürbe daheim nur mit echten Brennabor-Stahlfarben und lasse die schriftliche Garantieurkunde Nr. 8 von Wilhelm Brehme, Ges. m. b. H. in Brandenburg a. H.

sische nochmals versichert wird, daß sie ein gutes
zusammenarbeiten von Schule und Kirche von Herzen
schätze. Deshalb erwartet die Versammlung, daß
die endgültiger Regelung der Fühlungnahme
zwischen Schule und Kirche gehört wird und mitwir-
kenden Einfluß erhält." In einer Nachversamm-
lung wurde eine festere und geschlossenere Organi-
sation der evangelischen Religionslehrer an den hö-
heren Schulen Westfalens gefordert. Man war sich
darüber einig, daß dabei alle theologischen Gegen-
sätze ausgeschaltet und daß die verschiedensten Rich-
tungen in dieser Organisation vertreten sein müßten.
Was hielt es für durchaus gefährlich, im Blick auf
die scharfen Angriffe des modernen Atheismus u. auf
die stille Geschlossenheit der katholischen Kirche sich
in verschiedene Richtungen zu spalten. Eine starke
Arbeitsfront, die auch besonders geeignet sei, der
christlichen Kirche in jeder Form zu dienen, hielt
man gerade jetzt für dringend notwendig. Ein en-
gerer Ausschuß wurde gebildet, zu dem Lyzealdirek-
tor Kampf-Witten, Studienrat Dr. Beudel-Soest und
Studienrätin Meier-Dortmund gehören,
zu dem weiteren Arbeitsausschuß gehören außer-
dem noch Geheimrat Dr. Eickhoff-Hamm, Studienrat
Feller und Prof. Dr. Sellmann-Hagen, Studienrä-
te Jong-Witten und Studienassessor Hirsch-Dort-
mund.

— **Einspruch der Bezirkskonferenz des Christli-
chen Metallarbeiterverbandes Deutschland gegen die
polnische Vergewaltigung des oberschlesischen Deutsch-
tums.** Die am 29. Mai 1921 in Hagen stattgefun-
dene Bezirks-Konferenz des christlichen Metallar-
beiterverbandes Deutschlands, protestiert gegen die
unerhörte Vergewaltigung der oberschlesischen Volks-
genossen seitens der polnischen Banden. Nachdem
die Bevölkerung Oberschlesiens sich mit überwälti-
gender Majorität für das weitere Verbleiben zum
deutschen Heimatgebiet ausgesprochen hat, mußte von
der Entente erwartet werden, daß sie nun ihrem
Versprechen gemäß der schwer bedrohten Bevölke-
rung den notwendigen Schutz zu Teil werden läßt,
damit Oberschlesien wieder als deutsches Gebiet er-
starkt wird. Wir danken den Oberschlesiern für ihr
treues Festhalten und erwarten, daß ihr und unser
berechtigtes Verlangen recht bald erfüllt wird.

— **Ein mustergültiges Kursbuch.** Mit dem heu-
tigen Tage des Inkrafttretens des Sommerfahrplans,
erscheint auch der Industriefahrplan, das jetzige
Kursbuch für Nord-, West- und Mitteldeutschland
vom Markt. Dieses vom Verkehrsverband „In-
dustriebezirk" geschaffene Werk hat mit seiner Som-
merausgabe, gegenüber seinem früheren Inhalt, eine
wesentliche Erweiterung und Verbesserung erfahren.
Es nimmt heute der erste Teil dieses Kursbuches
sämtliche Strecken der Haupt-, Neben- und Klein-
bahnen innerhalb der Grenzlinien Flensburg—Ber-
lin—Leipzig—Bebra—Frankfurt—Saarbrücken in
sich auf. — Der zweite Teil enthält alle Fernver-
bindungen von und nach den wichtigsten Orten des
deutschen Reiches mit Anschlüssen nach dem Aus-
land. — Praktische Winke zur Erlangung eines Pas-
ses bei Auslandsreisen sind gleichfalls neu aufgenom-
men. Zusammengestellte Reiseverbindungen nach
den bedeutendsten Nord- und Ostseebädern mit nähe-
rer Beschreibung dieser Badeorte vervollständigen
diesen Teil. Klare, deutliche Kartenausführung er-
möglichen ein schnelles und sicheres Aufschlagen der
gewünschten Strecke im Kursbuch. Der saubere
Druck und die fahrplantechnische Zusammenstellung
des Buches lassen weiter auf eine hervorragende,
sachmännische Bearbeitung dieses Kursbuches schlie-
ßen. Vorzüge, welches sich viele der sonst erscheinen-
den Kursbücher zum Muster nehmen könnten. Alles
in allem sehen wir in dem neu erschienenen Fahr-
plan ein Kursbuch, das jetzt schon mit an erster
Stelle steht.

— **Westfälischer Verkehrsverband.** In Magde-
burg haben sich vor einigen Tagen die zwölf ver-
kehrsfördernden Bezirksorganisationen im Preu-
ßisch-Hessischen-Mecklenburgischen und Oldenburgi-
schen Eisenbahngebiet zu einem Landesver-
band Preußen zusammengeschlossen. Dieser
Verband verteilt auch die vom Reich für Verkehrs-
zwecken zur Verfügung gestellten Mittel. Für West-
falen ist der Westfälische Verkehrsver-
band (Sitz Dortmund) als führende Bezirksorgani-
sation anerkannt worden. Der Verkehrsverband
„Industriebezirk" in Essen ist im Rahmen dieser Or-
ganisation dem westfälischen Verkehrsverband in
Dortmund angegliedert. Dem Westfälischen Ver-
kehrsverband wurden in Magdeburg für das lau-
fende Jahr 11 000 Mark zur Verfügung gestellt.
Vertreter des Westfälischen Verkehrsverbandes, u. a.
Bgdir. Strohn-Dortmund, wurden in den Aufsichts-
rat der Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung
gewählt.

— **Deutsche, kauft deutsche Erzeugnisse!** In der
ersten Nachkriegszeit mußte Deutschland Reifen für
Fahrräder und Kraftwagen z. T. aus Kunstgummi
herstellen, da ihm die Zufuhr natürlichen Gummis
aus Uebersee noch gesperrt war. Für die damals
von dem heimischen Ersatzdecken vorteilhaft abstechen-
den Auslandsreifen hat sich merkwürdigerweise man-
cherorts bis heute eine gewisse Vorliebe erhalten. —
Das ist — zum Schaden der Volkswirtschaft — eine
Folge des dem Deutschen immer noch eigentümlichen
Hangs zum Ausländischen, denn seit mehr als Jahr-
eseits sind die deutschen Reifen den ausländischen
mindestens gleichwertig und besonders die bekann-
ten Marken, wie „Continental", bieten Gewähr für
gleichbleibende Güte. Wer trotzdem ausländische
Reifen kauft, setzt sich der Gefahr aus, daß er für
schlechte Ware niemanden verantwortlich machen
kann.

— **Gegen die Ausnutzung des Sammeleifers**
durch Ausgabe von Notgeld wendet sich eine beson-
dere Verfügung der zuständigen Minister. Sämt-
liche Regierungspräsidenten sind ersucht worden,
einer derartigen mißbräuchlichen Verwendung von
Ersatzwertzeichen entgegenzutreten. Die Ausgabe und
der Umlauf von Ersatzwertzeichen sei überhaupt nicht
mehr notwendig. Es wäre soviel Kleingeld geprägt,
daß die Reichsbankanstalten allen Anforderungen an
gesetzliche Zahlungsmittel genügen könnten. Ohne
zwingendes Bedürfnis darf kein Notgeld mehr zuge-
lassen werden. Soweit in besonderen Ausnahmen
neue Wertzeichen oder eine Verlängerung der Um-
laufszeit angezeigt erscheinen sollte, soll in jedem
Falle selbst für größere Gemeinden, die Zustimmung
des Handelsministers eingeholt und ein Gutachten
der Reichsbank beigefügt werden. Entbehrliches
Notgeld muß eingezogen werden.

*

* **Milspe**, 1. Juni. **Die Ortsgruppe Milspe des
Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und
Kriegshinterbliebener** hielt am Samstag abend bei
Wieling eine gut besuchte Versammlung ab, in der
äußerst wichtige Fragen zur Erörterung standen, über
die folgendes zu berichten ist: Die vor einigen Mo-
naten zwischen Zentralverband, Einheitsverband und
Hamburger Bund eingeleiteten Verschmelzung-
verhandlungen sind gescheitert. So be-
dauerlich die Zersplitterung in den Reihen der
Kriegsopfer auch ist, so gab die Versammlung in
einer einstimmig angenommenen Entschließung der
Verbandsleitung zu dem von ihr eingenommenen
Standpunkt doch voll und ganz recht. In bezug
auf einen Zusammenschluß hatte der Einheitsverband
zu den am 16. April ds. Js. in Weimar stattgefun-
denen Einigungsverhandlungen auch die Zuziehung
des Reichsbundes und des Internationalen Bundes
durchzusetzen verstanden. Der Zentralverband ist zur
Einigung bereit mit allen einwandfrei parteipolitisch
und religiös neutralen Organisationen, die auf dem
Boden des Deutschtums stehen. Zu diesem Bekennt-
nis hat sich der Reichsbund, der erwiesenermaßen
parteipolitisch links orientiert ist, noch nicht durch-
ringen können. Selbst der Führer des Interna-
tionalen Bundes, Thdt. der ebenfalls von den Ver-
handlungen zurücktrat, beschränkte dem Reichsbund,
daß seine parteipolitische Neutralität nur eine pa-
pierne sei. Wie der Gauleiter Rüth vom Reichs-
bund in öffentlicher Versammlung erklärt hat, ver-
steht er unter Verschmelzung der Kriegsbeschädigten-
organisationen nur eine Aufnahme in den Reichs-
bund. Das lehnt der Zentralverband mit Recht ab.
Im übrigen wird über die Verschmelzungsfrage auf
dem vom 18. bis 19. Juni in Detmold stattfindenden
außerordentlichen Verbandstage, zu dem der Vor-
sitzende unserer Ortsgruppe als Delegierter entsandt
wird, endgültig Entscheidung getroffen — Es mehren
sich die Klagen über die recht merkwürdiges Auftre-
ten der Richter, Aerzte und Sachverständigen vor
den Militärversorgungsgerichten. Es sind deshalb
einige mit der Materie der Versorgungsgesetze ver-
traute Kameraden bestimmt, die die Mitglieder vor
den Militärversorgungsgerichten vertreten und sie bei
der Durchfechtung ihrer gesetzlichen Ansprüche tatkräf-
tig unterstützen sollen. — Ueber das mit dem 1.
April 1920 in Kraft getretene, aber nicht in Voll-
zug gesetzte neue Reichsnotopfergesetz vom 12.
Mai 1920 hielt Kamerad Ehlers einen erläutern-
den Vortrag, in dem die Vorteile, aber auch die
Schroffheiten und Härten des neuen Gesetzes klar
gelegt wurden. Der wesentlichste Vorteil liegt in der
Gewährung der Heilfürsorge für die Kriegsbeschädig-
ten. Weshalb man nicht auch den Kriegshinterbliebe-
nen, die während des Krieges körperlich sehr her-
unter gekommen sind, und deren Gesundheitszustand
bei den jahrelangen Entbehrungen äußerst geschwächt
ist und die zeitlebens bei der Unzulänglichkeit der
Rentenversorgung mit Not und Elend zu kämpfen
haben, nicht auch die Heilfürsorge gewährt, ist un-
verständlich. Die §§ 63 und 64 des Gesetzes, die
sich auf das Ruhen der Rente beziehen, sind unan-
nehmbar. Diese Bestimmung muß beseitigt werden.
In dieser Beziehung stellt das neue Gesetz eine er-
hebliche Verschlechterung gegenüber dem alten Gesetz
dar. Was die Kriegsopfer durch ihrer Hände Arbeit
verdienen, soll frei bleiben. So wie es jetzt ist, kann
es vorkommen, daß ein zum Krüppel geschossener
Mann überhaupt keine Rente bekommt. Welch ein
Maß von Feststellungen, Erhebungen und Arbeit mit
der Durchführung der Vorschriften der §§ 63 und 64
verbunden ist, davon macht sich der Laie gar keinen
Begriff. Ein ganzes Heer von Beamten ist dazu
notwendig. Es scheint fast, als ob die Regierung
hier ein Gesetz für die Versorgungsbehörden hat
schaffen wollen. Deshalb weg mit den §§ 63 und 64.
Wenn der Finanzminister sagt, er habe kein Geld,
dann sei darauf hingewiesen, daß man den Land-
wirten Frühdruschprämien gewährt, nur damit sie ihr
Getreide frühzeitig abliefern. Also für eine gesetz-
liche Verpflichtung zahlt man den Landwirten noch
Prämien, während für die Kriegsopfer ausreichende
Mittel nicht zur Verfügung stehen. Das muß anders
werden. Der Zentralverband wird deshalb mit
allem Nachdruck dafür eintreten, daß das neue Ge-
setz das wird, was es sein soll, nämlich ein Ver-
sorgungsgesetz für die Kriegsopfer.

Westfalen und Rheinland.

* **Boerde**, 31. Mai. Eine Bahngebühren-Erhöhung tritt mit 1. Juni auf der Kleinbahn Haspe-Breckerfeld für Personen, Gepäck und Expreßgut ein, während gleichzeitig die Güterfrachten um 20 Prozent herabgesetzt werden.

* **Schwelm**, 31. Mai. In einer amtlichen Lan-
gerfelder Denkschrift wird neuerdings der zahlen-
mäßige Nachweis geführt, daß die Gemeinden Lan-
gerfeld und Nächstebreck die ihnen obliegenden Auf-
gaben aus eigener Kraft nicht erfüllen können und
daher die Uebernahme der Lasten auf breitere Schul-
tern erstreben müssen. Es ist daher erforderlich, so
faßt die Denkschrift die Ausführungen zusammen, daß
der schon seit langen Jahren tatsächlich bestehende
Zustand der innigen Zusammengehörigkeit des Am-
tes Langerfeld mit Barmen durch die Eingemein-
dung auch nach außen hin zum Ausdruck gebracht
wird.

* **Haspe**, 31. Mai. Schaufenster-Einbruch. Vor
einigen Tagen wurde nachts gegen 3 Uhr ein
Schaufenster-Einbruch bei dem Manufakturwaren-
geschäft Rosenbaum verübt, als gerade ein in geringer
Entfernung stehendes Personenauto angekurbelt
wurde. Trotz des Geräusches, welches das Auto
verursachte, wurde das Geklirr der Fensterscheibe von
den Hauseinwohnern gehört und konnten die Spitz-
buben, ehe sie das Schaufenster ausräumten, bald
verscheucht werden.

hn. **Haspe**, 31. Mai. In der Nacht auf Sonntag
wurde der Fischteich in der Gemarke durch Aufreißen
des Dammes geöffnet und der mit dem Wasser durch die
Oeffnung kommenden Fische herausbt, die in
Säcken aufgefangen wurden. Der zurückbleibende
Rest des Wassers wurde mit Lysol vergiftet. Dem
Besitzer Kraft in Hagen erwächst ein beträchtlicher
Schaden.

* **Hagen**, 31. Mai. Ein 12jähriger Schüler, der
mehrere Tage die Schule geschwänzt hatte und da-
für zu Hause eingesperrt worden war, kletterte aus
dem Fenster der im zweiten Stock belegenen Woh-
nung und flüchtete, nachdem er zuvor seinen Eltern
109 Mark gestohlen hatte.

hn. **Westhofen**, 31. Mai. Ein aus der Richtung
Langschede kommender Personenkraftwagen überfuhr
gestern morgen den 13jährigen Schüler Willy
Stute, dem vom Kühler des Wagens die Schläfe
eingedrückt wurde. Der bedauernswerte Knabe starb
bereits auf dem Wege zum Krankenhause.

* **Dorsten**, 31. Mai. In der Gemeinde Lembeck
überfielen fünf maskierte Räuber das Gehöft eines
Landwirts, fesselten die Familienangehörigen und
zwangen sie mit vorgehaltenen Revolvern, anzuge-
ben, wo sich das Geld befinde. Die eingeschüchterte
Bauernfamilie verriet das Versteck des Geldes und
die Räuber nahmen, wie die Buerschen Zeitung mel-
det, einen Barbetrag von 8000 Mark und Kleidungs-
stücke im Werte von mehreren Tausend Mark, mit,
denen sie unerkannt entkommen sind.

* **Herne**, 31. Mai. Am Sonntag Abend gegen
9 Uhr entstand in einem Schuppen der Firma Fischer
an der Wilhelmstraße ein folgenschwerer Brand.
Frau Hau geborene Fischer wollte laut Herner Zei-
tung in dem Schuppen das elektrische Licht anzünden.
Dabei ereignete sich infolge Kurzschlusses eine heftige
Explosion. Frau Hau wurde aus dem Schuppen
geschleudert und erlitt schwere Verletzungen, die
ihre Ueberführung ins Krankenhaus notwendig mach-
ten. Der Schuppen brannte vollständig nieder.

* **Bochum**, 31. Mai. Im Osten der unterten
Sohle der Zeche Engelsburg erfolgte ein größerer
Wassereinbruch, der mit großer Wucht und plötzlich-
keit auftrat und große Steinblöcke mit sich riß. Eine
Anzahl Bergleute, die mit Rohrarbeiten beschäftigt
waren, gerieten in die Gefahr des Ertrinkens; sie
konnten sich bis auf einen, den Hauer Franz Mait
aus Eppendorf, retten. Mait wurde verschüttet und
konnte nur als Leiche zutage gebracht werden.

* **Aachen**, 31. Mai. Auf dem Hüttenwerk Rote
Erde sind große Schiebungen aufgedeckt worden.
In die Angelegenheit sind zahlreiche Angestellte und
Arbeiter verwickelt. Die Behörde hat bereits mehr-
rere Verhaftungen vorgenommen.

Vermischtes.

Blitz-Licht, Hieb und Stich.

Vom Jugendring.

Geschäftist Geschäft! In einem Mainzer
Blatt stand folgende Anzeige: „Zum M-Kasino.
Vornehm ausgestattetes Wein- und Tanzlokal! Ein-
zeitliche in lauschigen Nischen! Mattgedämpfte Be-
leuchtung. Unsichtbare Streichmusik läßt verlockende,
süße Weisen durch die parfümgeschwängerten Räume
klingen. Wer von der tanzlustigen Jugend bleibt
da zu Hause? Um zahlreichen Besuch bittet ....."
— Warum wohl ergeht die Einladung nur an die
Jugend? — Der Mann hat erkannt, was uns
nottut, was in unsere Zeit paßt: hier Notschrei an
das Ausland „Hilft unserer siechenden Jugend", da
Hinabziehung und Verseuchung der Jugend, sittli-
ches und körperliches Sterben der Jugend, geför-
dert durch verantwortungslose Schmarotzer mit-
ten im Volke, geduldet von Behörden! Auch
eine Art „Jugendpflege"! — Warum wohl steht die
„Eiserne Jungfrau" in Nürnberg untätig?

Verjüngung — Lebenserneuerung!
Auch da gibt es und gab es „Außenseiter", die
es Prof. Steinach schon lange vorgemacht haben. —
Wir lesen in der „Ringenden Jugend": „Sie ist
wieder da, die geschäftstüchtige Frau Elise Bock, die
letzte Hoffnung aller alternden Kokotten, der „Schreck-
en" der männlichen Welt, denen ihre orientalischen
Wässerlein und Salben märchenhaft erscheinen, be-
sonders, wenn sie sie bezahlen dürfen —, denn mär-
chenhaft ist — außer den Preisen eigentlich nichts.
— Also, Frau Elise Bock braucht Reklame. Darum
ziert die Litfaßsäulen jetzt folgendes Plakat:

„Auf Veranlassung der Fa. Josfia Merfada, G.
m. b. H., Falkenstein i. V., hält „die bekannte Kos-
metikerin" Frau Elise Bock, jetzt Frau Elise Jo-
frian, 5 Demonstrationsvorträge über:

Boudoirgeheimnisse,
Intimstes der Frau!
Nur für Damen!"

So geht es dann weiter. Immer anziehend, —
aufreizend — vielversprechend — „sensationell", —
echt Frau — Elise — Bocke. — Eintritt nicht unter
drei Mark!" — — — —

**Also auch eine von den Vielen, die in selbstloser
Absicht eifrig bemüht sind, Deutschlands „An-
sehen" zu bessern, ausgehend von dem Grundsatz,
daß das „Ansehen" des Einzelnen das Ansehen des
Ganzen mache. Eine große Zahl übermoderner,
schmalbrüstiger „Dämchen" und „Damen", trippelnd
auf Stöckelschuhen, durch Schleier geschützt vor rauher
Luft und erkennenden Blicken, wird sicher bemüht
sein, die volkswirtschaftlich wertvollen, aufklärenden
Vorträge zu besuchen. Es geht doch darum, ein auf-
gebrauchtes Leben, einen von innen faulenden und
sich zersetzenden Körper, wenigstens nach außen
„konserviert" erscheinen zu lassen! — O, lieber Dr.
Oberdörffer, was brauchen wir da noch Deine
„Lehren vom wahren Leben!"** J.

Das Komponieren mit der Schreibmaschine.

Eine englische Firma hat Schreibmaschinen her-
gestellt, die für die Notenschrift eingerichtet sind, so-
daß der Komponist seine Musikwerke jetzt einfach
„herunterklappen" kann. Die Maschine, die verhältnis-
mäßig einfach zu handhaben ist, wird auch für Mu-
sikschulen und überhaupt für die Vervielfältigung von
Kompositionen von großem Nutzen sein.

Wirtschaftlicher Teil.

Ein volkswirtschaftlicher Unsinn.

Bochum, 31. Mai. In einem Artikel, der die
schwierige Lage der Martinwerke behandelte, wurde
unlängst von sachmännischer Seite auf die volks-
wirtschaftlichen Schäden hingewiesen, die in der
Verarbeitung großer Mengen Schrott durch die Hoch-
ofenwerke liegen. Alle sehr berechtigt die in dem
Artikel ausgesprochenen Befürchtungen gewesen sind,
beweist die katastrophale Entwicklung in der Sieg-
erländer Hüttenindustrie, die sich in Stillegungen
und Arbeiterentlassungen ausspricht. In einer vom
Gauvorstein deutscher Metallarbeiter einberufenen
Versammlung nahm nach der Siegener Zeitung der
Bezirksleiter Ziegler in einem längeren Referat
ebenfalls Stellung zu dieser Angelegenheit. Er
sagte, die Siegener Hochofenwerke seien an der jetzi-
gen Lage nicht schuldlos. Seit Monaten habe man
in den Hochöfen zur Eisenerzeugung nicht den natür-
lichen Weg, Erhaltung des Eisens aus Erz, gewählt,
sondern man habe hochwertiges fertiges Eisen, la
Kernschrott, in den Hochöfen einfach umgeschmolzen.
Den Martinwerken, deren Rohstoff eben Kernschrott
wäre, habe man dadurch die Möglichkeit der Arbeit
genommen. Hochwertiges erhaltenes Eisen, wie es
Kernschrott, Granatenschrott usw. darstelle, nochmal
im Hochofen umzuschmelzen, sei volkswirtschaftlicher
Unsinn, schädige das deutsche Volksvermögen auf das
ungeheuerlichste, sei allerdings für die Hochofenwerke
sehr profitabel. Sie könnten auf billigem Wege ein
hochwertiges Eisen herstellen, für das zur Zeit ab
Siegen der hohe Preis von 1535 Mark per Tonne
gezahlt werde. Ein anderer Fachmann habe dieses
Verfahren geradezu als Falschmünzerei bezeichnet.
Schroffe Worte fand der Redner für das Verhalten
des vormaligen Reichswirtschaftsministers, dem diese
Dinge schon im August 1920 mitgeteilt worden seien,
ohne daß er sie beachtet habe. Auch die Direktoren
der Siegerländer Hochofenwerke seien auf diesen
volkswirtschaftlichen Unsinn ohne Erfolg hingewiesen
worden. Jetzt stehe man vor der Katastrophe der
Stillegungen und der damit verbundenen Erwerbs-
losigkeit. Der Redner forderte sofortiges Eingrei-
fen der Reichs- und Staatsbehörden. In diesem
Sinne wurde auch eine Entschließung angenommen.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Kurs tatsächlich Auszahlungen		30. Mai Geld	30. Mai Brief	31. Mai Geld	31. Mai Brief
Holland	100 Gulden	2165.30	2169.70	2165.30	2169.70
Belgien	100 Frk.	519.45	520.55	519.45	520.55
Norwegen	100 Kr.	963 —	961 —	964 —	966 —
Dänemark	100 Kr.	1113.35	1116.65	1113.35	1116.65
Schweden	100 Kr.	1443.55	1446.45	1442.05	1444.95
Finnland	100 finn. M.	127.60	127.90	127.10	127.40
Italien	100 Lire	329.65	330.35	329.65	329.35
England	1 Pfd. St.	244.00	244.50	244.25	244.75
Amerika	1 Dollar	63.23	63.35	63.18	63.32
Frankreich	100 Frk.	519.45	520.55	519.45	520.55
Schweiz	100 Frk.	1100.85	1102.65	1098.90	1101.10
Spanien	100 Pes.	819.15	820.85	819.65	821.35
Oesterreich	100 Kr.	00.00	00.00	00.00	00.00

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.

Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
29. 5.	—	82	160
30. 5.	30	117	73
31. 5.	70	117	26

Strandbad Gevelsberg.

Wassertemperatur heute morgen 10°, Uhr: 22 Grad R.

Sprechsaal.

Unter diesen Rubrik gestatten wir allen Gruppen und Parteien freie Aussprache. Für Aeußerungen für oder Berufsvereinigungen jedoch nur die preßgesetzliche Verantwortung. Die Schriftleitung.)

Wenn ein Nichteingeweihter den Artikel „Altschule und Kriegsanleihe. Eine Mahnung an die Einzahler" in der Samstag-Ausgabe dieses Blattes liest, muß er zu der Ansicht kommen, daß die in Rede stehenden Einzahlungen der Volksschüler s. Z. auf Veranlassung und im Interesse der Sparkasse erfolgt seien, um dieser Gelder zur Zeichnung von Kriegsanleihe zu beschaffen, mit der dieselbe solch „glänzende" Geschäfte zu machen hoffte, daß sie sich erbot, den Einzahlern bis 2 Jahre nach dem Kriege 5 Proz. Zinsen für diese Darlehn zu vergüten.

Im Wirklichkeit ist aber der Gedanke, die Volksschüler für die Zeichnung von Kriegsanleihe mobil zu machen, nicht von der Sparkasse, sondern wohl

von der Lehrerschaft ausgegangen, während sich die Sparkasse nur bereit erklärte, zur Förderung der geplanten Werbung für die Kriegsanleihe die durch Vermittelung der Lehrer gesammelten, auch kleineren Einzahlungen der Volksschüler entgegenzunehmen, für deren Gesamtbetrag Kriegsanleihe zu beschaffen, solche zu verwalten und den Einzahlern bis zur Abrechnung, 2 Jahre nach Kriegsende, 5 Proz. Zinsen zu vergüten. Auf diese Weise sollte auch den Volksschülern, die nicht in der Lage waren, volle 100 Mk. einzuzahlen, die Möglichkeit geschaffen werden, Anteilhaber an der gemeinschaftlich gezeichneten Kriegsanleihe zu werden.

Bei der Abrechnung bzw. Auseinandersetzung hätten die Volksschüler also, einschließlich 5 Proz. Zinsen vom Tage der Einzahlung bei der Sparkasse bis zum Tage der Abrechnung, für durch 100 Mk. teilbare Beträge Kriegsanleihestücke zu beanspruchen, während für die kleineren Zeichner eine Auseinandersetzung in der Weise zu bewirken wäre, daß die für diese beschaffte Kriegsanleihe bestmöglichst veräußert und der Erlös auf die einzelnen Zeichner nach dem Verhältnis ihrer Einzahlungen verteilt würde.

Der Sparkassenvorstand hat aber beschlossen, statt solcher Auseinandersetzung, den Volksschülern die eingezahlten Beträge in voller Höhe, jedoch ohne Zinsvergütung, zurückzugeben, da, wie aus nachfolgender Gegenüberstellung zu ersehen, dies für die Volksschüler vorteilhafter ist als eine Abrechnung durch Kriegsanleihe.

Die Gesamtsumme der von den Volksschülern der Stadt Gevelsberg auf Kriegsanleihe eingezahlten Beträge beläuft sich auf 113 798,75 Mk. Die Kriegsanleihe in dieser Höhe hat bei dem heutigen Kurse von 77½ Proz. nur einen Wert von 88 194,03 Mk., würde also für die Volksschüler einen Verlust von 25 604,72 Mk. ergeben. Demgegenüber betragen die gesamten auf die 113 798,75 Mk. zu vergütenden 5 Proz. Zinsen nur 21 839,02 Mk., sodaß, bei der vom Sparkassenvorstande gewählten Abrechnung, den Volksschülern ein Verlust von 3765,70 Mk. erspart bleibt, den die Sparkasse auf sich genommen hat.

Zu den weiteren Ausführungen des frgl. Eingesandts bemerken wir folgendes:

Die Volksschüler haben von der Sparkasse überhaupt keine Quittungen über ihre Einzahlungen erhalten, sondern nur die Leiter der einzelnen Schulsysteme über die für die verschiedenen Kriegsanleihen abgelieferten Gesamtbeträge. Der Einfachheit wegen sind zu dieser Quittungsleistung allerdings gewöhnliche Sparbücher verwendet worden, auf deren Titelblatt 5 Proz. Zinsen zugesichert wurden. Es wird aber — wir wollen annehmen, nicht mit Absicht — verschwiegen, daß auf Seite 8 dieser Sparbücher, auf der die Quittung der Kassenbeamten erfolgte, am Kopfende vermerkt steht:

„Kriegs-Sparbuch für die Lindengraben etc. etc. Schule, Stadtgemeinde Schulverband" und daß direkt unter der Quittung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß der ganze Betrag der jedesmaligen Einzahlung sofort auf die 4. bezw. 5. etc. Kriegsanleihe abgebucht sei.

Eine Erklärung, daß die Einzahlungen der Volksschüler nicht als unmittelbare Kriegsanleihe, sondern als Sparkassenguthaben anzusehen seien, ist vom Kassenvorstand niemals abgegeben worden. Wenn andere Personen derartige Zusagen gemacht haben, so hat der Kassenvorstand solche nicht zu vertreten.

Aus vorstehenden Ausführungen und der Tatsache, daß von vornherein für die Volksschulzeichnungen eine getrennte Buchführung eingerichtet wurde, und daß in allen diese Zeichnungen betreffenden Schriftstücken, z. B. Schreiben an die Landesbank, Reichsschuldenverwaltung Berlin, stets von Kriegsanleihen der Volksschule die Rede ist, beweist klar und deutlich, daß die Sparkasse frgl. Zahlungen von Anfang an als Zeichnungen auf Kriegsanleihe angesehen hat.

Wenn hervorgehoben wird, daß die Sparkasse die Kursgewinne eingestrichen, und mit den zusammenfließenden Beträgen habe spekulieren können, so übersieht der Einsender ganz, daß es sich bei uns um eine Sparkasse handelt, der jegliche Spekulation verboten ist. Der durch die Volkszeichnungen entstandene Kursgewinn beläuft sich auf rund 2275 Mk., deckt also lange nicht den oben nachgewiesenen, von der Sparkasse übernommenen Verlust und für die riesige Arbeit, die die Unmenge kleiner Konten verursacht, hat die Kasse nicht die geringste Entschädigung erhalten. Es ist mithin eine unverzeihliche Anschuldigung, die Sparkasse habe die Volksschüler um rund 25 Proz. ihrer ehrlich erworbenen Ansprüche gebracht.

Zum Schlusse möchten wir noch bemerken, daß, wenn wir uns auch diesmal zur öffentlichen Berichtigung des Eingesandts entschlossen haben, wir es ein für allemal ablehnen, uns von irgend einem beliebigen Bürger der Stadt zur öffentlichen Rechtfertigung unserer Beschlüsse zur Rede stellen zu lassen und werden wir deshalb fernerhin auf derartige Anzapfungen grundsätzlich nicht mehr antworten.

Glaubt sich jemand durch Maßnahmen der Sparkasse in seinen Rechten benachteiligt, so mag er sich vertrauensvoll an unseren Vorstand wenden. Er darf versichert sein, daß von diesem dann seine Beschwerde gewissenhaft geprüft und evtl. unterlaufene Irrtümer berichtigt werden.

Hätte Herr Rektor Reurik auch diesen Weg gewählt, der doch für Jemanden, dem es nur um die Berichtigung eines nach seiner Ansicht falschen Beschlusses zu tun ist, als der einzig richtige und am schnellsten zum Ziele führende anzusehen ist, so würde ihm auch bereitwilligst obige Aufklärung geworden sein. Er hätte also denselben Zweck erreicht wie durch seine Flucht in die Oeffentlichkeit, nur keine Sensation. Die jetzt in die Bürgerschaft getragene Beunruhigung wäre aber vermieden worden.

Der angedrohten Feststellungsklage sehen wir mit aller Ruhe entgegen, raten nur, sich dabei mit besserem Beweismaterial zu wappnen, wie in dem Eingesandt vorangegangenem Samstag und vor allen Dingen schriftliche Beweise beizubringen, daß der Sparkassenvorstand die Erklärung abgegeben habe, die Volksschülereinzahlungen auf Kriegsanleihe als gewöhnliche Spareinlagen zu betrachten, und daß zwischen Lehrerschaft und Sparkassenvorstand ein formelles Uebereinkommen bestanden, welches jetzt von uns einseitig umgestoßen worden sei.

Nicht unerwähnt möchten wir noch lassen, daß schon mehr als die Hälfte der Volksschüler-Einlagen inzwischen abgehoben wurden, und zwar am Montag und Dienstag dieser Woche, also nach dem Bekanntsein des Eingesandts rund 10 900 Mk., ohne daß auch nur von einem Einleger Einwendungen gegen die vom Vorstande gewählte Abrechnung erhoben worden wären.

Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amtes Ennepe:
Köllmann, Bröking, Kuhlen, Heukeroth, Wilhelmi, Hülsenbeck.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Heckenräder, beide in Gevelsberg.

Bekanntmachung.

Infolge steigender Anforderungen des Feindbundes in hochwertiger Kohle stehen zur Belieferung des Hausbrandes nur ganz geringe Mengen zur Verfügung, sodaß Bahneingänge in Ruhrkohlen pp. in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind,

Eiformbriketts p. Ztr. 25.20 frei Haus

sind jedoch jetzt noch zu beschaffen. Die vielfach verbreitete Ansicht, die Kohlen würden zum Herbst billiger, ist irrig, vielmehr ist eine weitere Steigerung der Preise zu erwarten und es kann nur dringend geraten werden, Einkellerung unverzüglich vorzunehmen.

Anmeldungen auf Eierbriketts wolle man umgehend bei unserer Ausgabestelle Mittelstr. 48 tätigen.

Die Ortskohlenstelle.

Donnerstag, den 2. Juni werden im Schulkeller der Mittelstraße von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr

ausgesuchte Speisekartoffeln

zu 50.— Mk., pr. Ztr., **Futterkartoffeln** zu 10.— Mark pr. Ztr. verkauft.

Das Lebensmittelamt.

Geschäfts-Empfehlung.

Einem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich am 1. Juni 1921 hier ein

Glas- und Gebäude-Reinigungs-Institut

eröffne. Da ich langjähriger Gehilfe bei der Firma Führer, hier war, sowie auch in größeren Instituten gearbeitet habe, bin ich in der Lage, selbst den verwöhntesten Ansprüchen gerecht zu werden und bitte ich die geehrte Kaufmannschaft mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Gute Bedienung und mäßige Preise.

Hochachtungsvoll **Alwin Müller,**
Mittelstraße 27 (Café Braun).

Erstklassige, moderne
Schreibmaschinen
Kontor-Möbel
Papier- und Schreibwaren
preiswert sofort lieferbar.
Adolf Strathmann
Inh.: J. Knappe
Mittelstrasse 47. Telefon 509.

Die Gewinnlisten

der Geldlotterie zu Gunsten der Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz

sind eingetroffen.

Preis **50** Pfg.

Phil. Baltin.

Hagen, Hohenzollernsaal, Boelerstr. 5, Haltestelle Linie 7 u. 7a.

Die große Deutsche Volks-Passion.

Aufführung des alten Oberammergauer Passionsspiels
unter persönlicher Leitung der Ober-Fahnenschwenker Bauern.

100 Mitwirkende! **Massenchöre!** 100 Mitwirkende!

Großes Orchester erhöhten Festspielpreisen.

Spieltage: 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Juni, jeden Abend 7,30 Uhr. Ende 10 Uhr.
Außerdem am 1., 4. und 5. Juni auch nachmittags 2,30 Uhr.
Konzertharmonium: Roth & Junius, Pianofabrik.

Preise einschl. Billettsteuer 25%, 20.—, 15.—, 10.—, 8.— und 6.—. **Vorverkauf der Karten:** Zigarrenhandlung W. Bauer, Altenhagenerbrücke 2, Musikalienhandlung Mettenbrinck, Elberfelder Str. 16, Buch- und Kunsthandlung Hirlich Thill, Langestr. 40 und eine Stunde vor Beginn der Festspiele an der Theaterkasse. — Vereine und Schulen erhalten bei vorheriger Anmeldung Preisermäßigung.

Geschäftsstelle der Volkspassion, Hagen, Hohenzollernsaal, Boelerstr. 5.

Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amtes Ennepe
zu Gevelsberg.

Kassenstunden: 8—1 Uhr.

Reichsbankgirokonto — Konto bei der Landesbank in Münster. Postscheckkonto Cöln Nr. 16767 und Hannover Nr. 57603.

Hauptstelle: Gevelsberg, Rathaus, Zimmer 8. Fernspr. 400.
Zweigstelle: Milspe, Voerder Str. 21. Fernsprecher 751.

Annahme von Spareinlagen bei täglicher Verzinsung. Anlagestelle für Mündelgelder. Ausgabe von Heimsparbüchsen. Einziehung von Spareinlagen.

Eröffnung von Depositen- und Konto-Korrent-Konten mit Giro- und Scheckverkehr und Kreditgewährung gegen Sicherstellung.

Ausführung von Daueraufträgen, gebührenfreie Zahlung von Steuern, Mieten, Schulgeld und dergl. für Girokunden.

Einziehung von Schecks und Wechseln. Ausgabe von Reisekreditbriefen. Stellung von Accreditiven.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und verschlossene Depots). An- und Verkauf von Wertpapieren, Vermietung von Schrankfächern.

Beleihung von Wertpapieren und Sparbüchern.

Ausgabe von Hypotheken-, Faustpfand- und Bürgschafts-Darlehen.

Billig! Damen- und Herren- Billig!

Umpreßhüte

werden gereinigt, modernisiert und gefärbt in allen Farben neu
Eigene Panama-Bleicherei. Lieferzeit: 5—6 Tage.

Achtung! Steife Herrenhüte werden auf moderne weiche Schlaphüte umgearbeitet.

Hutfabrik Gebr. Prinz, Cöln., Nebenbetrieb: **Gevelsberg,**
Zur Mühlen 2.
Annahmestellen: Hagener Str. 21. Mittelstr. 74.

Tempergießerei in süddeutscher Großstadt sucht einen umsichtigen, energischen

Formermeister

im Alter von 30—40 Jahren, Meister oder Vorarbeiter, die nachweislich mit modernen Akkordsmethoden vertraut sind, das Tempergußfach gründlich beherrschen, und über gewandtes und bestimmtes Auftreten im Umgang mit Arbeitern verfügen. Reflektanten wollen sich mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Referenzen, Angabe von Gehaltswünschen und der Familienverhältnisse melden unter Nr. 401 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Werkstattschreiber

zum sofortigen Eintritt gesucht. Gießereikundige Bewerber erhalten den Vorzug. Ausführl. Angebote unter **K 500** an die Geschäftsstelle.

Ein tüchtiger, erfahrener

Fabrikmaurer,

auch in ff. Arbeiten bewandert, für sofort gesucht.

Huthwerke.

Frau od. Mädchen

für vormittags gesucht.

Näh. in der Geschäftsst.

Ein tüchtiges, sauberes

Dienstmädchen

gegen hohen Lohn für sofort gesucht.

Skremme, Strandbad.

Aelteres, sauberes

Mädchen

für Anfang Juni gegen guten Lohn gesucht.

Schillerstraße 19½.

Jg. Mädchen

sucht für Anfang Juli Stelle zur gründl. Erlernung des Kochens in gut. bürgerl. Haushalt bei alt. Ehepaar oder einzelner Dame. Briefe u. A. H. 11 a. d. Geschst.

Mais

grob und feinkörnig, ab Lager vorrätig.

Herm. Eckes.

Kleiner schwarzer

Herd

billig zu verkaufen.

Hagener Straße 239, II.

Eiserne

Bettstelle mit Matratze

zu verkaufen. Bau ment, jz. d. die Geschäftsst. ds. Ztg.

Für 2 ordentliche Herren

Kost u. Logis frei.

Näh. in der Geschäftsst

Zwei ordentliche Leute finden

Kost u. Logis.

Zu erfr. in der Geschst.

Wer tauscht

meine 2 Zimmer in Milspe gegen 2 oder 3 Zimmer, am liebst. Nähe Hauptbütting. Näh. Hagener Str. 243.

Ladenlokal

zu mieten gesucht.

Postschließfach 54.

Walter Köckler Nirgena

Nähmaschinen- u. Fahrradhandlung.

Ständiges Lager in Ersatzteilen, wie Gummibereifung, Laternen, Glocken, Pumpen, Fahrradständer usw.

Sämtliche Reparaturen an Nähmaschinen und Fahrrädern.

Keine Wanze mehr!

Nur mit Aortin zu gebrauchen. Erfolg verblüffend. Bleibt nicht, macht keine Flecken. Fl. M. 5.—, Nur echt bei

Drog. A. Schmermund, Mittelstraße 59.

Binnen ½ Stunde beseitigen Sie unter Garantie

Läuse-Plage

auch Flöhe i. Haus (Kissen) bei Mensch u. Tier nur m. **Ectolda** für Wunden u. Haar unschädl.

Garantiert sicher wirkende Radikalmittel gegen

Wanzen Ectolda B | **Kakerlaken** Ectolda C | **Holzwurm** Ectolda D

Zu beziehen d. d. Erste Rheinische Ungeziefer-Gift Reagenz- und Desinfektions-Anstalt, Essen, und in

Gevelsberg: Drogerie A. Schmermund, Mittelstraße 59; Friseur Thiel, Mittelstr. 82; Gevelsberg-Hasle: Drogerie W. Dämmer, Hagener Str. 83.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie

Läuse

Kopf-, Filz- u. Kleider-Läuse, Brut (Nissi), Flöhe bei Mensch u. Tier „Kampolda" pat. gesch. Mittel. Wunder unschädl. Nichterfolg Geld zurück. Nur echt in Packung von der Ungez.-Vertilgungs-Anstalt Essen. Für 3 Personen reichend. Obiges Mittel empfiehlt Friseur Sowa, Hagener Straße.

Wohnungstausch

Delmathe— Oestrich.

3 Zimmer gegen 3 Zimmer in Gevelsberg, Stadtmitte. Wohnungstausch Wittener Straße 16.

Forderungen aller Art

werden von erfahrenem Kaufmann energisch und kostenfrei beigetrieben, evtl. gegen sofortige Kasse käuflich übernommen. Z. mit Ref. versehene, gefl. Angebote an Schließfach M. 174 in Hagen erbeten.

Alles schneidert

nach Favorit-Schnitten.

Helar. Bremke, Mittelstr.

Leupin ges. gesch.

ein garant. gerucht. Mittel gegen Krätze,

Hautjucken.

Dose 9.00 Mk., Tee 4.00 Mk. genügt für eine Kur. Ein sehr wirksel. Vorbeugungsmittel gegen Flechte, Ausschlag, Hautrötungen, Bartschuppen usw. Fabr. **M. Stiehler, Brockmede.** Niederlagen: Drogerien **Schmermund u. Dämmer, Gevelsberg, Herm. Fischer, Milspe.**



Morgen Donnerstag hier wieder eine große Auswahl hochtragender und frischm.

Kühe

zum Verkauf aus.

Gust. Hohagen,
Milspe, Fuhr.
Fernruf 549.

Ostfriesl. Schaf

billig abzugeben. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Damenhandtasche

mit Inhalt gefunden. Gegen Erstattung der Insertionskosten abzuholen. Näh. in der Geschäftsst.

Junger, brauner

Dackel

entlaufen.

Vor Ankauf wird gewarnt. Gegen entsprechende Belohnung abzugeben

Klosterstraße 37.